

Von der Krise zum Krieg. Die Ukraine von Ende Mai bis Anfang Juli 2014

von: Dr. Christian Wipperfürth

Die ukrainischen Präsidentschaftswahlen vom 25. Mai konnte Petro Poroschenko bereits im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit für sich entscheiden. Insgesamt entfielen 80 % der Stimmen auf Kandidaten, die - ganz im Gegensatz zu den Rebellen in der Ostukraine – für eine Westbindung und eine starke Zentralgewalt eintraten. Bewerber, deren Ansichten denen der Rebellen zumindest nahe kamen, erhielten zusammen lediglich 10 %. Die beiden stark rechtslastigen („Swoboda“) bis rechtsextremen Kandidaten („Rechter Sektor“), die die Regierung mit trugen, errangen zusammen unter 2 % der Stimmen.

Andererseits aber erhielten der Wahlsieger und die zweitplatzierte (Julija Timoschenko) bei dem Urnengang zusammengenommen weniger Stimmen als allein der vorige Präsident Wiktor Janukowitsch bei der Wahl 2010 errungen hatte. Die Beteiligung war im Westen und in der Mitte des Landes nicht besonders hoch, im traditionell „russlandfreundlichen“ Süden und Osten jedoch sehr niedrig, auch in Gebieten, in denen der Urnengang ohne Probleme durchgeführt werden konnte. Der Vorsitzende der Kommunisten hatte seine Kandidatur nach eigenen Angaben aufgrund massiver Einschüchterungen zurückgezogen, ebenso wie der pro-russische Parlamentarier Oleh Zarjow, der sich schließlich den Rebellen anschloss. 2004 waren über 28 Millionen Stimme abgegeben worden, 2014 waren es weniger als 18 Millionen.

Das Wahlergebnis war folglich nicht so eindeutig, wie es auf den ersten Blick schien. Warum hatten sich Millionen Bürger nicht an dieser Wahl beteiligt, der vielleicht wichtigsten in der Geschichte des Landes? Standen nicht die Kandidaten ihrer Präferenz zur Wahl? Oder betrachteten sie es vielleicht nicht mehr als das ihre?

Poroschenko sagte am Tag nach der Wahl, die „Anti-Terror-Operation“ sollte nicht Monate in Anspruch nehmen, sondern nur einige Stunden.¹ Worauf gründete sich diese Zuversicht? Die Kampfmoral der Rebellen überstieg diejenige der ukrainischen Streitkräfte deutlich, sodass sie trotz starker Unterlegenheit ihre Stellungen auch Ende Mai weiter ausbauen konnten. Am 29. Mai zwangen die Rebellen die Soldaten der ukrainischen Nationalgarde in Luhansk, ihre Kaserne aufzugeben. Am 3. Juni erklärte das ukrainische Verteidigungsministerium, in den vorhergehenden 24 Stunden seien 300 feindliche Kämpfer getötet und 500 verletzt worden, während die eigene Seite

¹ www.reuters.com/article/2014/05/26/us-ukraine-crisis-idUSBREA4M05420140526

zwei Tote beklage.² Die Angaben trafen nicht zu, gleichwohl hatte eine neue Phase des Konflikts begonnen. Russland zog seine Einheiten von der Grenze auch nach US-Angaben fast gänzlich zurück und Wladimir Putin ordnete an, die Kontrolle der Grenze zur Ukraine zu verschärfen. Am 5. Juni kehrte Russlands Botschafter nach über zweimonatiger Abwesenheit mit den Worten nach Kiew zurück, sein Land sehe in Poroschenko einen „zuverlässigen Partner für einen Dialog“.

Vom zeitgleichen G7-Gipfel war Putin zwar eingeladen worden. Die Krim wurde dort offiziell jedoch mit keinem Wort erwähnt, Frankreich blieb dabei, ein großes Rüstungsgeschäft mit Russland tätigen zu wollen und Putin traf in der Normandie nicht nur mit der Bundeskanzlerin und dem Präsidenten Frankreichs zusammen, sondern sogar mit dem US-Präsidenten und Poroschenko.³ **Der russische Präsident forderte von diesem ein Ende des Militäreinsatzes, erst danach könne ein Verhandlungsprozess beginnen, sagte aber zugleich, die Strategie des neuen ukrainischen Präsidenten zur Konfliktlösung „hat mir gefallen“.**⁴ Das waren überraschend deutliche Worte.

Personen aus dem nationalistischen bis rechtsradikalen Milieu behielten auch unter Poroschenko führende Stellen im Sicherheitsapparat. Der Kiewer Führung schien eine Ausgrenzung extremer Nationalisten nicht ratsam. Am 9. Juni erklärte Poroschenko jedoch seinen Willen, in der nächsten Woche ein Ende der Kämpfe zu erreichen.⁵ Er hatte bereits mehrfach erklärt, dass ein NATO-Beitritt seines Landes derzeit nicht angestrebt werde.

Es mehrten sich die Anzeichen, dass Russland auch bei einem verstärkten Einsatz schwerer Waffen militärisch nicht direkt eingreifen würde. Ukrainische Truppen konnten somit aufgrund ihrer überwältigend überlegenen Feuerkraft zunehmend in die Offensive gehen. Seit Ende Mai wurde Slawjansk täglich mehrere Stunden mit schwerem Artilleriefeuer belegt. Zahlreiche Zivilisten starben, auch Kinder. Anfang Juni brachen die Wasser- und Elektrizitätsversorgung der 120.000 Einwohner zählenden Stadt zusammen, von denen sich über die Hälfte der Bewohner noch in der Stadt befunden haben dürften. Außenminister Steinmeiner rief erfolglos zu einer Waffenruhe auf, die von wirksamen Kontrollen an der russisch-ukrainischen Grenze begleitet sein müsse und wandte sich ausdrücklich gegen eine militärische Lösung des Konflikts.

Nach verschiedenen Schätzungen belief sich die Stärke der bewaffneten Separatisten zu dieser Zeit auf 3.000 bis 10.000 Mann, während die Truppen Kiews vor Ort zwei- bis sechsmal so stark waren. Es gab mindestens ein Dutzend militärischer Einheiten der Rebellen, die teils weltanschaulich, teils geographisch unterschiedlich ausgerichtet waren.

² <http://online.wsj.com/articles/ukraine-government-planning-for-martial-law-in-east-official-says-1401880156>

³ www.spiegel.de/politik/ausland/diplomatie-beim-d-day-putin-obama-merkel-treffen-sich-in-frankreich-a-973951.html

⁴ www.zeit.de/politik/ausland/2014-06/putin-militaereinsatz-ostukraine-poroschenko-normandie

⁵ www.zeit.de/politik/ausland/2014-06/ukraine-krise-poroschenko-waffenruhe

Moskau machte seit Anfang Juni wiederholt deutlich, eine Deeskalation anzustreben, verband Kompromissbereitschaft aber mit Signalen der Stärke. So sagte Außenminister Lawrow am 11. Juni, Russland beabsichtige Hilfsgüter auszuliefern, die von den Rebellen an die Bevölkerung ausgeteilt würden, da Kiew dies abgelehnt habe. Zeitgleich machte die EU deutlich, Russland hinsichtlich der South-Stream-Pipeline Probleme zu bereiten, wenn es in der Ukraine kein Entgegenkommen zeige. Diese Instrumentalisierung der Energiepolitik war neu, bislang wurde Gazprom nur an die Erfüllung von EU-Regeln erinnert. Am 16. Juni stellte Russland die Gaslieferungen ein, da die Ukraine diese nicht bezahle, was weder Brüssel noch Kiew bestritten. Am 17. Juni warnte die Sprecherin von Energiekommissar Günther Oettinger die Ukraine vor der Entnahme von russischem Gas, das für den Transit bestimmt war. Gänzlich bedingungslos mochte sich auch Brüssel nicht auf die Seite Kiews stellen. Zeitgleich traf einer der führenden Vertreter der „Volksrepublik Donezk“ in Moskau mit hochrangigen Mitarbeitern Putins zusammen. Am 17. Juni schwiegen auch die Waffen, sodass die Toten und Verletzten beider Seiten geborgen werden konnten. Putin und Poroschenko telefonieren am 12. und 18. Juni, wobei der ukrainische Präsident nach dem Gespräch am 18. die Bundeskanzlerin anrief. Es kam Bewegung in die festgefahrenen Fronten.

Am 20. Juni stellte Poroschenko einen Friedensplan vor. Die Rebellen sollten ihre Waffen abgeben, bekamen hierfür einen Fluchtkorridor und die Dezentralisierung der Ukraine zugestanden. Der ukrainische Präsident ordnete an, die „Anti-Terror-Operation“ für eine Woche einzustellen, damit die Gegner sich entwaffnen könnten, was diese jedoch unterließen. Sie forderten Verhandlungen. Die bewaffneten Zusammenstöße hielten an, wofür beide die jeweils andere Seite verantwortlich sah. Am 23. Juni einigten sich Vertreter der OSZE, der russische Botschafter in der Ukraine, der ukrainische Ex-Präsident Leonid Kutschma sowie der ukrainische Oligarch Wiktor Medwedschuk (der als enger Freund Putins galt) als Vertreter Kiews und die Führung der Rebellen auf eine Feuerpause bis zum 27. Juni. Kutschma und Medwedschuk waren politische Schwergewichte. Poroschenko machte deutlich, dass er dem Frieden eine Chance geben wollte. Die ukrainische Führung sprach erstmals mit den Separatisten, wenngleich indirekt. Die Gegner Kiews wiederum gaben an, zu einer Verlängerung des Waffenstillstands und Verhandlungen bereit zu sein.

Präsident Putin beantragte am 24. Juni, dass der Föderationsrat die am 1. März erteilte Genehmigung zum Einsatz russischer Truppen im Ausland aufhebe. Russland deeskalierte. Die USA jedoch verkündeten am gleichen Tag ihre Absicht, die Sanktionen verschärfen zu wollen, da die jüngste „Charme-Offensive“ Putins lediglich dazu dienen solle, den Westen zu spalten. Der Druck auf Moskau müsse erhöht werden.⁶ Washington zog die Konfrontation einem Ausgleich vor. In Europa wurde die Diplomatie bevorzugt. Am 26. Juni telefonierten Merkel, Hollande, Putin und Poroschenko, um eine Verlängerung des Waffenstillstands zu erreichen. Die Feuerpause hatte die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwar vermindert, aber nicht beendet. Zumindest Teile der Rebellen und der Milizen, die auf Kiewer Seite kämpften, wollten keine Einigung. US-Außenminister Kerry forderte von

⁶ www.nytimes.com/2014/06/25/world/europe/doubting-putin-obama-prepares-to-add-pressure.html?_r=0

Moskau am gleichen Tag, umgehend an einer Entwaffnung der Rebellen mitzuwirken. Auch die EU-Staats- und Regierungschefs drohten am 27. Juni für den Fall des Anhaltens der Kämpfe weitere Sanktionen an.⁷ Diese Stellungnahmen stärken die „Kriegspartei“ in Kiew. Russland betonte, der Waffenstillstand solle verlängert werden.

Am 27. Juni fand eine zweite Verhandlungsrunde mit den gleichen Teilnehmern wie am 23. Juni statt. Man einigte sich auf eine Verlängerung des Waffenstillstands bis zum 30. Juni und zudem, einen Austausch von Kriegsgefangenen vorzubereiten. Am 30. Juni vereinbarten die Bundeskanzlerin und die Präsidenten Frankreichs, Russlands und der Ukraine gemeinsam eine anhaltende Waffenruhe und eine wirksame Kontrolle der russisch-ukrainischen Grenze anzustreben.⁸ Russland schlug vor, dass sich ukrainische Beamte innerhalb Russlands an der Grenzkontrolle beteiligen könnten, und zwar dort, wo auf der ukrainischen Seite die Rebellen die Kontrolle ausüben. Die Grenze sollte zudem von OSZE-Beobachtern überwacht werden.⁹ Präsident Putin erklärte am 1. Juli: „Alles, was in der Ukraine vor sich geht, ist selbstverständlich eine interne Sache der ukrainischen Regierung.“¹⁰ Waren diese Worte ernst gemeint oder ein Täuschungsversuch? - Die Außenminister Deutschlands, Frankreichs, Russlands und der Ukraine verabschiedeten auf Steinmeiers Initiative am 2. Juli eine gemeinsame Erklärung. Sie forderten u.a. eine umfassende Waffenruhe und begrüßten die bereits genannte Bereitschaft Moskaus zur Verbesserung der Grenzkontrollen.¹¹ Laut Steinmeier war „ein erster und wichtiger Schritt in Richtung eines beidseitigen Waffenstillstands“ getan.¹² Poroschenko verkündete jedoch fast unmittelbar nach der Einigung den Beginn einer Offensive, was die USA begrüßten. Der ukrainische Präsident, der auch unter dem Druck ukrainischer Nationalisten stand, sagte, sein Land müsse von „Parasiten“ befreit werden. Die Ukraine habe bislang keine konkreten Schritte der Deeskalation gesehen, z.B. verstärkte Grenzkontrollen.¹³ Aber war nicht gerade dies soeben vereinbart worden, trotz aller Unwägbarkeiten und offenen Fragen? Russland machte Washington für das Scheitern verantwortlich, wenngleich lediglich indirekt. Steinmeier vermied jede Schuldzuweisung. Bis Anfang Juli hatten die gewaltsamen Auseinandersetzungen wenige hundert Menschenleben gekostet, in den darauf folgenden Wochen waren es tausende.

Die Parlamentswahlen von Ende Oktober ähnelten den Präsidentschaftswahlen fünf Monate zuvor: Das Ergebnis war nur auf den ersten Blick eine Bestätigung der Politik Kiews. Bei einer näheren Analyse fällt wieder die ungewöhnlich niedrige Wahlbeteiligung im Süden und Osten der Ukraine auf. Die Gefahr ist hoch, dass der Krieg erneut aufflammt, wenn es Kiew nicht gelingt, die Herzen von Millionen Menschen im Süden und Osten des Landes zu gewinnen.

⁷ www.welt.de/politik/ausland/article129629890/Kiew-und-Moskau-einigen-sich-auf-Waffenruhe.html

⁸ www.welt.de/politik/ausland/article129629890/Kiew-und-Moskau-einigen-sich-auf-Waffenruhe.html

⁹ www.ft.com/cms/s/0/27275a8e-0047-11e4-a3f2-00144feab7de.html#ixzz38UKOUcmv

¹⁰ <http://rt.com/news/169628-putin-ukraine-west-barracks/>

¹¹ www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Meldungen/2014/140702_Statement.html

¹² www.welt.de/politik/deutschland/article129722167/Weg-zu-Waffenruhe-in-der-Ukraine-offenbar-frei.html

¹³ <http://uk.reuters.com/article/2014/07/01/us-ukraine-crisis-idUKKBN0F52OO20140701>